

GELDPOLITIK

Mark im Kosovo

Die Deutsche Mark, ohnehin das gängige Zahlungsmittel im Kosovo, ist nun von der Uno faktisch zur Hauptwährung gemacht worden. Vergangenen Freitag führte die Uno-Verwaltung im Kosovo die Mark als Zahlungsmittel für ihre offiziellen Transaktionen ein. Der Wechselkurs zum jugoslawischen Dinar wird fortan durch den freien Markt fest-

gelegt und nicht mehr von Belgrad. Auf die deutsche und europäische Geldmengenpolitik hat das nach Meinung von Experten keinen Einfluß: Schon bisher sind große Teile des deutschen Bargeldbestands im Ausland im Umlauf. Allerdings, so sagt ein Mitglied des Frankfurter Zentralbankrats, wäre eine „monetäre Komplettabkopplung“ des Kosovo von Jugoslawien politisch bedeutsam: Die „monetäre Grenze“ könnte als Vorbote einer faktischen Staatsgrenze interpretiert werden – vor allem, wenn die Hauptwährung von der Siegermacht eingeführt werde. Die Serben könnten sich in dem Verdacht bestätigt sehen, die Uno betreibe mit ihrer Geldpolitik die Loslösung des Kosovo. Wie die Kosovaren später ihr deutsches Geld in Euro umtauschen sollen, ist noch unklar: Der Umtausch wird zum 1. Januar 2002 nötig. Wie dann das Bankensystem im Kosovo arbeitet, weiß niemand. „Wir haben schließlich keine Landeszentralbank in Priština“, so der Bundesbanker.



Kosovaren beim D-Mark-Tausch

AUSBILDUNG

Große Worte – kleiner Etat

Mit dem Slogan „Ausbilden werden wir alle“ wirbt die Bundesregierung derzeit in Anzeigenkampagnen um zusätzliche Lehrstellen in der Wirtschaft – und baut währenddessen selbst Ausbildungsplätze ab. Vom kommenden Jahr an will das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das dem Innenministerium (BMI) untersteht, die Ausbildung Jugendlicher einstellen. Derzeit gibt es 164 Auszubildende in dem Amt. In einem 16-seitigen Brief hatte dessen Präsident Hans Georg Dusch dem BMI dargelegt, dass seine Behörde die geforderten rund 47 Millionen Mark zusätzlicher Einsparungen „nur über Personalabbau“ erbringen könnte. Weil die Mitarbeiter durch Arbeits- und Beamtenrecht geschützt sind, konnte Dusch nur einen konkreten Sparvorschlag in Höhe von 8,8 Millionen Mark bis 2003 machen: keine Lehrstellen mehr. Und das, obwohl sich die Bundesregierung eigentlich dafür ausgesprochen habe, „auch in den öffentlichen Verwaltungen über Bedarf“ auszubilden. Das Innenministerium stimmte zu.

EUROPA

Hombach ohne Vertrag

Bislang arbeitet der Balkan-Koordinator der EU, Bodo Hombach, ohne gültigen Arbeitsvertrag. Die Kommission in Brüssel zögert mit der Vorlage eines Angebots. Ex-Kanzleramtschef Hombach will sich deshalb in dieser Woche zu einem Gespräch mit dem designierten Kommissionspräsidenten Romano Prodi treffen. Streit gibt es beispielsweise um seinen



Hombach

Brüsseler Amtssitz. Mitte September will das Europäische Parlament über einen Antrag abstimmen, wonach Hombachs Amtssitz nicht in Brüssel,

sondern im griechischen Thessaloniki liegen soll. Diesen Ort hatten sich die Griechen ausbedungen, als Bundeskanzler Gerhard Schröder die Zusage für den Koordinatorenjob Hombachs in Südosteuropa erhielt. Im Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments wird sich der neue Balkan-Beauftragte am 22. September einem Hearing stellen.